

MIT DEM RÜCKKEIM ZUR
KWAND

KRITISCHES ENGAGEMENT IN ZEITEN VON SHRINKING SPACE

35. SOMMERAKADEMIE
AUF BURG SCHLAINING | 8. BIS 13. JULI 2018

BERICHT

Inhalt

Vorwort: Zum Konzept der Sommerakademie

Gu drun Kramer, Jakob C. Fürst, Jan Pospisil

3

Sonntag, 8. Juli

Auftakt

Begrüßung und Eröffnung 4

Peter Kostelka, Hans Niessl und Gu drun Kramer

Alexander Van der Bellen, Bundespräsident, im Gespräch mit Paul Gulda, Vorsitzender von RE.F.U.G.I.U.S. 6

Montag, 9. Juli

Handlungsräume verteidigen: Lessons learnt

Frieden in Kolumbien?..... 7

Vera Grabe Loewenherz

Abschaffung des Rechtsstaats in der Türkei?..... 8

Selmin Çalışkan

Erfahrungen aus Jordanien und Libanon 9

Feras Kheirallah

Dienstag, 10. Juli

Shrinking Space und post-koloniale Souveränität

Dilemmata der Zivilgesellschaft in Indien..... 11

Shalini Randeria

Shrinking Space verstehen 12

Annika Elena Poppe

Abnehmender Handlungsspielraum für staatliche Akteure..... 13

Martin Stürzinger

Mittwoch, 11. Juli

Entgrenzte Sicherheit – begrenzter Raum

Sicherheit, Souveränität, Kritik: Nach dem Post-Kolonialismus 14

Jan Pospisil

Umgang mit sicherheitspolitischen Themen 15

Saskia Stachowitsch

Hybride Bedrohungen und Shrinking Space 16

Andreas Novy

Donnerstag, 12. Juli

Partnerschaft und Solidarität: Möglichkeiten und Grenzen konstruktiver Intervention

Die OSZE als multilateraler Partner 18

Kristin Höltge

Bilaterale Beziehungen im humanitären Raum 19

Christophe Ceska

Das Subjekt im Shrinking Space..... 20

David Becker

Freitag, 13. Juli

Optionen der Politik 21

Nachmittag 22

Impressum 24

Vorwort

Zum Konzept der Sommerakademie

In den letzten Jahren ist die Betätigung sowohl zivilgesellschaftlicher, als auch multi- und bilateraler Akteure in der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit in vielen Ländern zunehmend unter Druck geraten – auch in Europa und in konsolidierten Demokratien. Dabei wird vor allem der Vorwurf externer politischer Einflussnahme zur Rechtfertigung der Beschränkung der Arbeit internationaler und nationaler zivilgesellschaftlicher Gruppen, Nichtregierungsorganisationen und multi- und bilateraler Durchführungsorganisationen herangezogen. Die Palette der Maßnahmen reicht von restriktiveren gesetzlichen Regulierungen über Erschwernisse bei der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu Propaganda und Einschüchterung. Oft waren Friedensinitiativen als erste betroffen – meist dicht gefolgt von Menschenrechtsorganisationen.

Folgende Fragen bewegten uns daher während der Konzeption der 35. Sommerakademie: Wie gehen wir mit diesem Phänomen unseres schwindenden Handlungsraums, des „Shrinking Space“, um – und inwieweit unterscheiden sich die Ansätze, Strategien und Handlungsoptionen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure im Globalen Norden und Süden? Woher kommt die Repression – und wie kann Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement begegnet werden? Welche Erfahrungen gibt es unter staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im Hinblick auf Strategien im Umgang mit (repressiven) Regierungen bzw. Gesetzen – und auf welche Erfolge können wir zurückgreifen?

Welche Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich dadurch für uns – und welche Forderungen sollten wir an Politik und Gesellschaft stellen?

Für die Vormittage der 35. Sommerakademie konnten wir wieder herausragende Vortragende aus Wissenschaft, Politik, Diplomatie und Praxis gewinnen. Für die Nachmittage wagten wir das Experiment eines professionell moderierten Open Space, welcher den Teilnehmenden eine aktive und kreative Mitwirkung ermöglichen sollte. So wollten wir das Thema der letztjährigen Sommerakademie „Welt im Umbruch – Perspektiven für europäische Friedenspolitik“ einerseits vertiefen, und andererseits an die erarbeiteten konkreten Utopien anknüpfen sowie um den Aspekt der handlungsorientierten Strategien erweitern.

Dass uns dieses Vorhaben weitgehend geglückt ist, verdanken wir nicht nur der Unterstützung unserer Kolleg/innen am ASPR, sondern vor allem auch den Vortragenden und Teilnehmenden der 35. Sommerakademie.

Gudrun Kramer, Jakob C. Fürst, Jan Pospisil

Auftakt

Sonntag, 8. Juli

Begrüßung und Eröffnung

Peter Kostelka, Präsident des ASPR

Peter Kostelka konnte zur Eröffnung der 35. Sommerakademie mehr als 250 Personen im Granarium von Burg Schlaining begrüßen, darunter zahlreiche Ehrengäste. In den 35 Jahren seit der ersten Sommerakademie hat sich die friedensinteressierte Zivilgesellschaft ihm zufolge stark verändert. Aus der Friedensbewegung der 1980er-Jahre mit ihren heftigen Debatten und Auseinandersetzungen entwickelte sich ein sich zunehmend professionalisierendes Feld an Nichtregierungsorganisationen, die sich in der Friedensarbeit, für Menschenrechte, Umweltschutz und Humanitäre Hilfe engagieren und das, besonders in den Jahren nach 1989, auf weltweite Demokratisierung hoffen durfte. Die globale Einschränkung von Handlungsspielräumen der letzten Jahre markiert allerdings eine dieser Annahme entgegengesetzte Entwicklung. Nur noch vier Prozent der Weltbevölkerung lebt einer CIVICUS-Studie zufolge in wirklich freien Gesellschaften. Kostelka warnte daher, dass der Rückgang demokratischer Strukturen und gegenseitiger Toleranz nie nur nationale, sondern auch internationale Folgen hat. Wenn Partner in anderen Ländern verloren gehen, geht auch die Chance auf den Aufbau einer international vernetzten Zivilgesellschaft verloren. Den Teilnehmenden der Sommerakademie wünschte der ASPR-Präsident daher eine konstruktive Woche und produktive Impulse für die eigene zivilgesellschaftliche Arbeit – auch über die Sommerakademie hinaus.

Hans Niessl, Landeshauptmann des Burgenlands

Hans Niessl zeigte sich über die ausgesprochen gut besuchte Veranstaltung erfreut und nutzte die Gelegenheit, um daran zu erinnern, dass sich im Gedenkjahr 2018 nicht nur die Revolution 1848 und der Anschluss an Deutschland 1938, sondern auch die Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 und der Beitritt Österreichs zur europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten 1958 rund jähren. Auch er verwies darauf, dass in 85 Prozent aller Länder Handlungsräume für zivilgesellschaftlich aktive Menschen eingeschränkt werden und dankte den Mitarbeiter/innen und Unterstützer/innen des ASPR für dessen bemerkenswerte Arbeit. Niessl betonte den intensiven Versuch, die Einrichtungen auf Burg Schlaining noch stärker im Bundesland zu verankern und nachhaltiger zu positionieren. Als positives Beispiel für diesen Versuch nannte er den Pilotlehrgang „Global Peace Education“, den das ASPR gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Burgenland und der burgenländischen Kinder- und Jugendanwaltschaft durchführt. Der Landeshauptmann schloss seine Ansprache mit den Worten Mohandas Gandhis: „Es gibt keinen Weg zum Frieden. Der Friede ist der Weg.“

Auftakt

Sonntag, 8. Juli

Gudrun Kramer, Direktorin des ASPR

„Die Teilnehmenden unserer Peacebuilding-Trainings auf Burg Schlaining kommen oft aus der Zivilgesellschaft in Kriegs- und Krisengebieten. Die Geschichten, die sie mit uns teilen, sind Erfahrungen unermesslichen Leids, sie handeln von Verlust, Unsicherheit und Trauer“, begann die Direktorin des ASPR ihre Erklärung zum Konzept der Sommerakademie, „sie handeln aber auch von Unterstützung und Hoffnung.“ Diese positiven Effekte zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit sind Gudrun Kramer zufolge aber immer schwerer zu erzielen. Viele Aktivist/innen und Organisationen sind so sehr damit beschäftigt, sich gegen Vorwürfe und Einschränkungen zu verteidigen, dass die eigentliche humanitäre oder friedensschaffende Arbeit auf der Strecke bleibt – auch in Österreich. Ein aktuelles Beispiel aus der Praxis des ASPR zeigt, dass selbst europaweit anerkannte Friedens- und Bildungsinitiativen am Misstrauen von Regierungen scheitern kann. „Wir gewinnen Ausschreibungen in Deutschland, aber für unsere eigenen Ministerien sind wir unglaublich.“ Während bürokratieabbauende Maßnahmen für militärische Anliegen leicht umsetzbar scheinen, müssen zivile Expert/innen mit Behinderungen und Beschränkungen kämpfen. Auf der Suche nach Antworten, warum das so ist, sollten sich Nichtregierungsorganisationen auch fragen, ob sie selbst zu diesem Misstrauen beigetragen haben, ob sie im Ausland etwa zu recht als neo-kolonialistisch wahrgenommen werden, und aus welchem Grund Handlungsspielräume durch Sicherheitsbedenken eingeschränkt werden. Den Ausweg aus der aktuellen Situation sieht Kramer in kreativen Überlegungen dazu, wie Unterstützung im Shrinking Space aussehen und welche diesbezüglichen Empfehlungen die Zivilgesellschaft an Regierungen adressieren sollte.



Auftakt

Sonntag, 8. Juli

Alexander Van der Bellen, Bundespräsident, im Gespräch mit Paul Gulda, Vorsitzender von RE.F.U.G.I.U.S.

Der Pianist, Dirigent und Komponist Paul Gulda hatte die Eröffnung bereits seit Beginn mit Improvisationen am Klavier begleitet und lud im Anschluss an die Reden Bundespräsident Alexander Van der Bellen zu einem entspannten Gespräch auf die Bühne. Die gut 250 Zuhörenden konnten dabei nicht nur Van der Bellens Verständnis von Zivilgesellschaft, sondern auch seine Einschätzungen der aktuellen politischen Lage, in der sich diese befindet, kennenlernen. Zivilgesellschaftliche Akteur/innen haben dabei unterschiedliche und oft widersprüchliche Anliegen – und auch wenn diese oft belastend oder verletzend oder auch „zu blöd“ für die jeweilige Gegenseite sein mögen, sollten wir dem Bundespräsidenten zufolge nicht verlernen, miteinander „lustvoll zu streiten“. Besonders, da wir in Österreich ja ohnehin in einer im weltweiten Vergleich privilegierten Situation leben, sollten wir diesen offenen Austausch unterschiedlicher Meinungen pflegen und unsere Erfahrung damit auch auf diplomatischem Wege mit anderen Ländern teilen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch die Form der Meinungsäußerung eine Rolle spielt und provokante Inhalte häufig mehr mediale Aufmerksamkeit bekommen, als ihnen proportional eigentlich zustehen würde. Ein wichtiges Betätigungsfeld zivilgesellschaftlicher Vereine – Migration in und nach Europa – empfand Van der Bellen nicht als die größte der aktuellen Krisen in der Europäischen Union, worauf Gulda zu denken gab, dass es sich für im Mittelmeer Ertrinkende sehr wohl um „die größte, und letzte, Krise“ handelt: „Wird denn nicht Widerstand zur Pflicht, wo Recht zu Unrecht wird?“ Muss zivilgesellschaftlicher Fluchthilfe und Seenotrettung also unter krisenhaften Bedingungen nicht auf jeden Fall der Vorzug gegeben werden? Van der Bellen antwortete mit dem Beispiel des Gemeinsamen



umfassenden Aktionsplans, des sogenannten Nuklear-Deals zwischen Iran, UN und EU. Sollte der US-amerikanische Ausstieg aus dem Plan zu einem Umsturz im oder einem Krieg mit dem Iran führen, würden die Ursachen der dann wahrscheinlich einsetzenden Fluchtbewegung aus dem Iran wohl nicht einmal ansatzweise bekämpft werden können. Mit der aktuellen US-Administration ist auf diplomatischem Weg derzeit jedoch keine Einigung zu erzielen. „Ein reiches Forschungsfeld also für den Konflikt-Frieden-Demokratie-Cluster – leider“, meinte Van der Bellen. Die vielen Rückschläge, die in der Praxis der Friedensarbeit üblicherweise zu erwarten sind, mögen die Teilnehmenden der Sommerakademie dabei nicht entmutigen, sondern anspornen.

Beim anschließenden Empfang der Burgenländischen Landesregierung im Rittersaal von Burg Schlaining konnten dann auch bereits zahlreiche lustvolle Streitereien beobachtet werden.

Handlungsräume verteidigen: Lessons learnt

Montag, 9. Juli

Frieden in Kolumbien?

Vera Grabe Loewenherz, Observatorio para la Paz Bogotá

Im ersten Panel der 35. Sommerakademie des ASPR sprach die ehemalige Guerillakämpferin und nunmehrige Friedensforscherin Vera Grabe Loewenherz von der Organisation Observatorio para la Paz in Bogotá über den Friedensprozess in Kolumbien.

Gleich zu Beginn ihres Vortrags stellte sie die kritische Frage, ob und wie aus Friede auch eine Revolution oder Transformation zu schaffen sei. Schließlich beinhaltet der Begriff Friede eine Vielzahl an Ideen und Begriffen.

Darüber hinaus ist Friede vor allem ein Prozess. Er muss in der jeweiligen Situation von den zentralen Akteur/innen ausgearbeitet und begleitet werden und ist nie perfekt. „Wir vom Observatorio para la Paz wollten einen möglichen Frieden ausarbeiten. (...) So kam uns die unvollkommene Idee des Friedens zur Hilfe“, berichtete Grabe in ihrem Vortrag.

In Kolumbien konzentriert sich ihre Organisation auf Frieden im Sinne eines pädagogischen Prinzips: „Friede ist Prinzip, Mittel, Zweck und Ziel“ – eine Kultur des Friedens muss entstehen, im Unterschied zum früher betriebenen bewaffneten Kampf, in welchem der Zweck die Mittel heiligt. Aus diesem Peace Culture-Ansatz hat das Observatorio para la Paz



Erziehungs- und Bildungsprogramme geschaffen und Methoden für die Vermeidung von Gewalt entwickelt.

Gegenwärtig stehen viele zivilgesellschaftliche Organisationen in Kolumbien allerdings vor Finanzierungsengpässen, da für staatliche Förderungen neuerdings hohe Eigenmittel vorgewiesen werden müssen. Zudem steigen die bürokratischen Anforderungen an zivilgesellschaftliche Akteur/innen bei Projekteinreichungen. Daher fragt sich Vera Grabe Loewenherz, was denn eigentlich die staatlichen Absichten in Bezug auf diese neuen Fördermittelvergaben seien: Eindämmung von Korruption und Missbrauch (wie angegeben) oder doch eher die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Räume? In ihrer Antwort wies Grabe darauf hin, dass durch diese neuen bürokratischen Verfahren Korruption bei staatlichen Fördergeldern zwar nicht verhindert werden kann, jedoch

Handlungsräume verteidigen: Lessons learnt

Montag, 9. Juli

die Arbeit „ordentlich agierender“ NGOs verhindert wird: „Man sagt bei uns: Es zahlen die Gerechten für die Sünder, oder: Das Allheilmittel ist schlimmer als die Krankheit.“

Darüber hinaus sind kolumbianische NGOs oft nur noch Ausführende staatlicher Projekte, der Staat verengt damit den rein zivilgesellschaftlichen Raum. Hier scheint es nicht mehr wichtig zu sein, ob eine NGO gute Konzepte zu bieten hat, sondern eher, wie sie sich präsentiert und über welche Kontakte sie verfügt. Dieser Missstand wird in Kolumbien von zivilgesellschaftlichen Vertreter/innen angeprangert und trägt dazu bei, dass die teilweise bereits etablierte Friedenskultur von der lokalen Bevölkerung nicht ernst genommen wird – da für viele beim vorliegenden breiten und widersprüchlichen Angebot an besseren und schlechteren staatlichen und nicht-staatlichen Initiativen nicht mehr klar ist, was Frieden überhaupt bedeutet.

Abschaffung des Rechtsstaats in der Türkei?

Selmin Çalışkan

Selmin Çalışkan sprach in ihrem Vortrag über die vermutete „Abschaffung des Rechtsstaats in der Türkei“ und berichtete über das dortige lange politische Zerren zwischen säkularen und rechten Kräften. Moderator Jakob C. Fürst wies darauf hin, dass der damalige Premierminister Recep Tayyip Erdoğan bei einer Rede an der Harvard-Universität noch vor 15 Jahren erklärte: „The form of rule should be such that the citizen does not have to fear the State, but gives it direction.“ – die Art der Regierung sollte also so gestaltet sein, dass die Bürger/innen den Staat nicht fürchten, sondern ihm Richtung geben. In der jüngsten türkischen Vergangenheit

werden dagegen häufiger Einschränkungen von Meinungsfreiheit sowohl im öffentlichen, als auch im privaten Bereich verzeichnet.

Die Republik Türkei wurde 1923 gegründet. Seither gab es, laut Çalışkan, drei Militärputsche. Die Legitimation dafür bezog das Militär jeweils auf die türkische Verfassung. 2007 ließ Erdoğan rund ein Viertel des Militärs mit der Anklage, dass sie einen Putsch geplant hätten und Mitglieder einer terroristischen Vereinigung wären, verhaften. 250 Offizier/innen sitzen seit damals bis heute im Gefängnis. Diese Entmachtung des



Handlungsräume verteidigen: Lessons learnt

Montag, 9. Juli

Militärs ist eine der ersten wesentlichen staatlichen Umstrukturierungsmaßnahmen von Erdoğan gewesen.

In der Folge wurde auch die Anti-Terrorgesetzgebung in der Türkei immer weiter ausgebaut. Viele türkische Staatsbürger/innen wurden unter diesen Anti-Terrorgesetzen angeklagt: Lehrer/innen, Journalist/innen, Ärzt/innen, NGO-Mitarbeiter/innen und viele mehr. Çalışkan hielt in ihrem Vortrag fest, dass dieses Gesetz dazu dient, anerkannte zivilgesellschaftliche und politische Organisationen einzuschränken. Zudem verwies Çalışkan auf die gegenwärtigen Beschneidungen von Frauenrechten. Sie nannte als Beispiele Einschränkungen von Schwangerschaftsabbrüchen und zunehmende öffentliche physische Übergriffe auf Frauen, wenn diese nicht „passend“ angezogen seien. Obwohl sich die Situation von Frauen verschlechterte, präsentierte Çalışkan türkische Frauen als „starke Akteurinnen ohne öffentliche Wahrnehmung“, die sich dem Erdoğan-Regime nicht beugen würden. Çalışkan berichtete von Frauen, die auf die Straße gingen und „Frauenfriedensmärsche“ organisierten, um das politische Klima zu kritisieren.

Eine weitere Form des politischen Aktivismus in der Türkei, von der Çalışkan berichtete, waren die sogenannten „Bürger/innen-Journalist/innen“. Diese Initiative besteht aus selbsternannten Reporter/innen, die über Momente des Widerstands in der Türkei berichteten und somit einen Beitrag zur Etablierung eines alternativen Medienportals leisteten – als Gegenpol zur staatlichen Zensur von akkreditierten Journalist/innen.

Erfahrungen aus Jordanien und Libanon

Feras Kheirallah, Berghof-Stiftung Beirut

Feras Kheirallah berichtete in seinem Vortrag über seine Erfahrungen aus Jordanien und dem Libanon. Seiner Ansicht nach sei der Shrinking Space im Nahen Osten mit einem „Elefanten im Raum“ zu vergleichen. Dessen Folgen beschrieb er so: Je mehr die Bewegungsfreiheit von Individuen eingeschränkt ist, desto größer wird auch die Distanz der Individuen zu ihren humanitären Pflichten. Im Alltag dieser beiden Länder werden so bspw. Kriegsoffer an öffentlichen Örtlichkeiten nicht mehr von der einheimischen Bevölkerung wahrgenommen.

Prinzipiell herrscht Kheirallah zufolge in Jordanien die Doktrin, dass der König unfehlbar ist. Das Militär ist heilig und jede/r Staatsbürger/ in



Handlungsräume verteidigen: Lessons learnt

Montag, 9. Juli

muss immer zu Gunsten Jordaniens handeln, um äußere Feinde abzuwehren. „Unser Bildungssystem war auch sehr davon beeinflusst: Wir sind früher erzogen worden, Israel zu hassen. Wir sind auch erzogen worden, den König so zu akzeptieren. Als Papa, als Vater. Wir sind auch erzogen worden, dass der Staat nie einen Fehler macht.“ Kurz, der jordanische Staat kontrolliert sowohl den privaten, als auch den öffentlichen Bereich: Als Folge des Kriegs in Syrien sind Jordanier lieber immer noch lieber unterdrückte Bürger/innen als, wie dort, Flüchtlinge. Es stellt sich also die Frage, wer für den Shrinking Space verantwortlich ist.

„Von 1970 bis 1992 hat in Jordanien das Kriegsrecht geherrscht. Die politischen Parteien waren sehr unterdrückt. Es gab wenig Zivilrechte.“ Seitdem sich das Königreich Jordanien jedoch wirtschaftlich öffnet, um an internationale Gelder zu kommen, öffnet sich das Land zeitgleich in politischen Bereichen und holt sich „Legitimität von außen“. Vor den 1980er-Jahren waren Menschenrechte in Jordanien ein Fremdwort, danach begann Jordanien sich den Global Players rhetorisch und institutionell anzunähern – mit Besonderheiten in der Auslegung: „Sie (die politische Elite) haben ein nationales System, das immer auf das internationale reagiert. Es gibt ein National Centre for Human Rights in Jordanien. (...) Der erste Leiter (Chairman of the board of trustees) dieses Zentrums war allerdings ein Ex-Geheimdienstchef, der in den 50er- und 60er-Jahren politische Aktivist/innen unterdrückt und verfolgt hat,“ kritisiert Kheirallah. International anerkannte (Friedens-)Tools werden in Jordanien so von den politischen Eliten verwendet, um zivilgesellschaftliche Räume zu überwachen. Zwar gibt es viele unterschiedliche NGOs, jedoch stünden viele unter königlicher Kontrolle. Die eigentlichen kritischen Stimmen der Zivilgesellschaft sind immer weniger in der Lage, sich Raum zur Agitation zu schaffen.



Shrinking Space und post-koloniale Souveränität

Dienstag, 10. Juli

Dilemmata der Zivilgesellschaft in Indien

Shalini Randeria, Institut für die Wissenschaften vom Menschen

Was bedeutet Zivilgesellschaft im Globalen Süden? Fördern Kooperationen koloniale Strukturen? Was tragen wir zum Shrinking Space selbst bei?

Shalini Randeria, die Rektorin des Wiener Instituts für die Wissenschaften vom Menschen, wechselte in ihrer Karriere zwischen Aktivismus und Wissenschaft und bezeichnete Zivilgesellschaft zunächst als schillernden „Amöbenbegriff“, bei dem nicht immer klar ist, was gerade gemeint wird. Randeria betrachtet die Bedeutung von Zivilgesellschaft in post-kolonialen Kontexten mit Fallbeispielen aus Indien. Sie zeigte, wie NGOs zunehmend kritisch angesehen werden, womit ein gewisses Stigma einhergeht. Kritische Stimmen seien unpatriotisch, besonders, wenn sie aus dem Ausland finanziert werden. Viele NGOs (oder eher GONGOs – regierungsfinanzierte NGOs) entstehen darüber hinaus als Teil einer öffentlich-privaten Kooperation und dienen lediglich als verlängerter Arm der Regierung, was den Spielraum für genuine NGOs beschränken kann. Dabei ist der Shrinking Space bei Sozialen Bewegungen weniger zu spüren als bei NGOs. Eines der größten politischen Themen in Indien sind aktuell Zwangsumsiedlungen und Enteignungen zugunsten großer (Infrastruktur-)Projekte wie Flughäfen, Staudämme oder Minen, die oft jahrzehntelange Kämpfe zwischen Zivilgesellschaft und Regierung



Shrinking Space und post-koloniale Souveränität

Dienstag, 10. Juli

hervorrufen. Gelegentlich lassen sich hier zivilgesellschaftliche Organisationen auf transnationale Allianzen ein, die einerseits thematische Verschiebungen nach sich ziehen (zum Beispiel vom lokal wichtigen Phänomen der Enteignung hin zu einem globaleren Umweltschutzanspruch), andererseits auch die Arena des politischen Aushandlungsprozesses verlagern (zum Beispiel vom indischen Parlament hin zu Internationalen Organisationen oder westlichen Parlamenten wie dem US-Kongress). Die indische staatliche Souveränität wird so geschwächt, andererseits wird diese aber dringend für die Rechtssicherheit dauerhafter Lösungen gebraucht. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssten sich als sowohl auf politischen Kampf, wie auch auf Kooperation und Kompromiss bei der Verhandlung alternativer Gesetzesentwürfe verstehen – was mit ausländischer Finanzierung kaum zu schaffen ist.

Shrinking Space verstehen

Annika Elena Poppe, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Annika Elena Poppe erklärt den Begriff *Shrinking Space* als *Backlash* der Demokratie und Demokratieförderung, als Gegenbewegung zur „liberalen Honeymoon-Phase der 1990er“. Die Mitarbeiterin der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung verweist auf die Wichtigkeit, die Hintergründe dieses Trends zu sehen und zu verstehen – und das nicht nur in schwarz und weiß. Dabei geht es ihr nicht darum, autoritäre Eliten zu verteidigen, es ist aber wichtig zu sehen, dass es bei Shrinking Space nicht ausschließlich um Machterhalt geht. Die Argumente der Befürworter/innen von Shrinking Space sind teils selbst liberal: staatliche Souveränität und Nicht-Einmischung – und nicht immer nur „vorgeschoben“. Gleichzeitig gibt es auch im „Westen“ Einschränkungen für

Versammlungsrecht und ausländische Finanzierung. Hier kann gut gesehen werden, dass die liberale Nach-Weltordnung in sich widersprüchlich ist. Und: Die Förderung offener Gesellschaften ist eine hoch politische Angelegenheit und kann selbstverständlich als Einmischung verstanden werden, besonders in post-kolonialen Kontexten. In Ägypten (das sie als Beispiel verwendet) könnte der Begriff *Shrinking Space* zwar auch lediglich als Kommunikationsfehler bezeichnet werden – wir sollten aber nicht vergessen, dass es sich auch tatsächlich um einen Wertekonflikt zwischen Sicherheit und Freiheit handeln könnte. Im Zuge ihres Vortrags erwähnt Poppe daher auch Angst und das Gefühl von Unsicherheit als Instrumente. Diese werden oft von staatlichen Eliten verwendet, um Kontrollverlust zu vermeiden – was dann zu Verhaftungen von NGO-Mitarbeiter/innen und zur Einschränkung von Pressefreiheit führen kann. Das Ziel sollte sein, nicht bedingungslos offene Räume zu fordern und



Shrinking Space und post-koloniale Souveränität

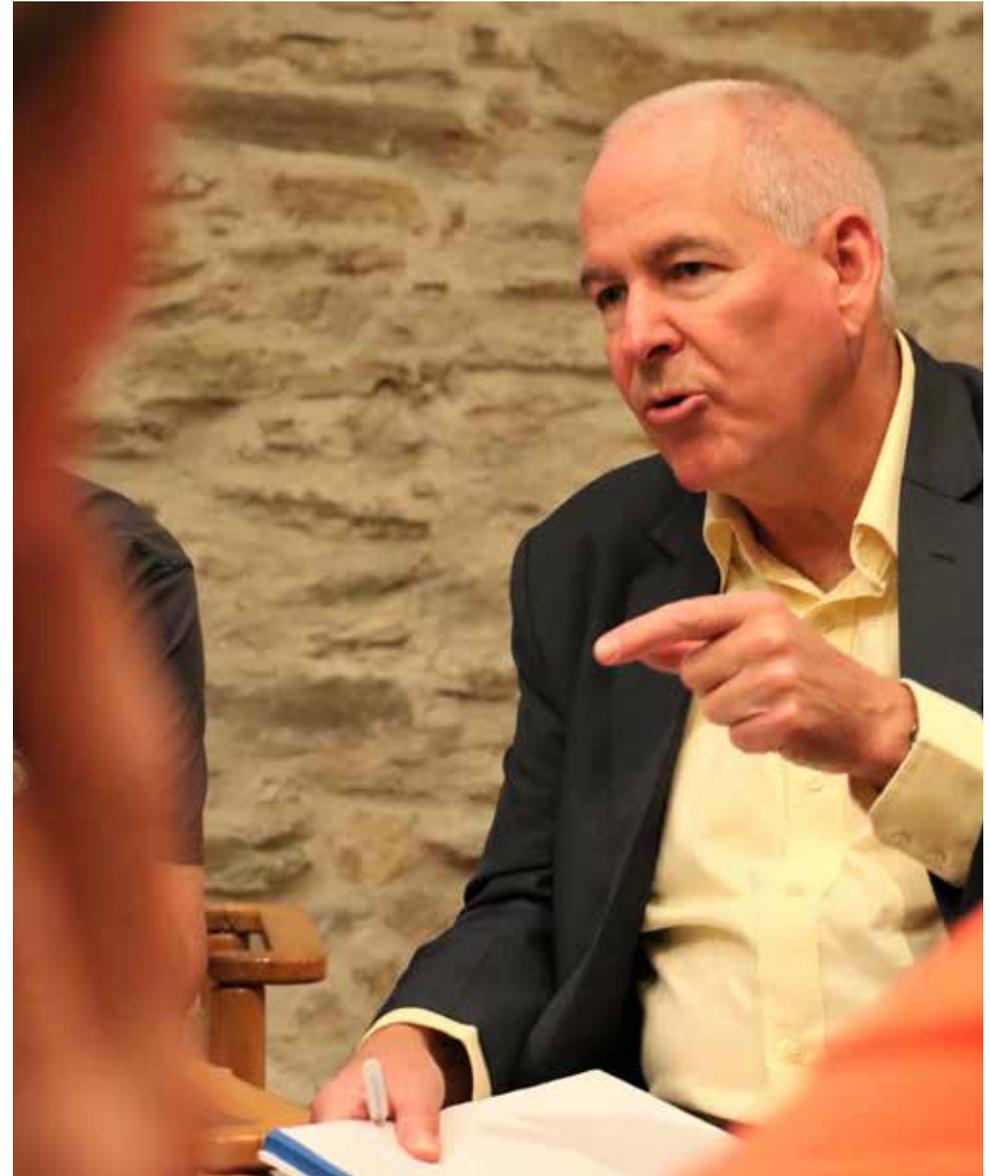
Dienstag, 10. Juli

den Shrinking Space zu kritisieren, sondern die Auseinandersetzung um verschiedene Gesellschaftsentwürfe ernstzunehmen und zu führen – und sich gelegentlich an die eigene Nase zu fassen.

Abnehmender Handlungsspielraum für staatliche Akteure

Martin Stürzinger, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Martin Stürzinger brachte eine Schweizer Perspektive ein. Der Diplomat in der Abteilung Menschliche Sicherheit beim Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten erklärte, wie Shrinking Space die klassische diplomatische Arbeit mit bilateralen und multilateralen Instrumenten behindert – und bekämpft werden kann. Dazu präsentierte er Beispiele aus Sri Lanka, Myanmar und Nepal: Wenn beispielsweise NGO- oder IO-Mitarbeiter/innen Länder aufgrund des Vorwurfs ausländischer Intervention verlassen müssen, fehlen auch staatlichen Akteuren wichtige Zugänge und Informationen, womit Interventionsmöglichkeiten im Gastland eingeschränkt werden. Die Teilnahme an von der Schweiz finanzierten gemeinsamen Studienreisen von Konfliktparteien – etwa der bewaffneten Opposition – wird durch Regierungen erschwert. Durch solche und ähnliche Komplikationen ziehen sich Staaten als Geldgeber zurück. Stürzinger rief dazu auf, selbstbewusst die komplette Bandbreite diplomatischer Möglichkeiten zur Bekämpfung des Shrinking Space zu nutzen und dabei auch mit anderen Staaten bestmöglich zu kooperieren und gemeinsames Engagement in Drittländern besser zu koordinieren. Der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft soll besonderes Augenmerk gelten – dies ist auch ein Aufruf an zivilgesellschaftliche Akteur/innen, staatliche Akteur/innen nicht stets nur als Gegner/innen zu sehen.



Entgrenzte Sicherheit – begrenzter Raum

Mittwoch, 11. Juli

Sicherheit, Souveränität, Kritik: Nach dem Post-Kolonialismus

Jan Pospisil, ASPR

Der dritte Tag der 35. Sommerakademie startet mit einem Vortrag über Shrinking Space und Peacebuilding von Jan Pospisil, Mitarbeiter am ASPR, zum Fallbeispiel Südsudan.

In dem Land, in dem seit etwa 4 ½ Jahren Bürgerkrieg herrscht, ist ein gut verankerter Inklusionsdiskurs erkennbar, international und auf multilateraler Ebene. Das „Gegenstück“ zum Shrinking Space ist sogar im Mainstream verankert. Hierzu vermittelt Pospisil, der selbst vor kurzem einen Aufenthalt in Juba, der Hauptstadt Südsudans, absolviert hat, mit eigenen Fotografien Eindrücke über die politische und gesellschaftliche Situation des Landes.

Anhand eines Fotos, das das Außenministerium zeigt, bei der die chinesische Flagge angebracht ist, macht er auf globale Machtverschiebungen aufmerksam. Die machtwirksame Position Chinas bleibt „bei uns“ auf vielen Ebenen oftmals unberücksichtigt und unbeachtet – ihre Rolle scheint in unserem Diskurs nicht ganz angekommen zu sein.

Bezüglich der Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement im Südsudan bringt Pospisil zwei Feststellungen an:

Nicht eingeschränkte Redefreiheit ist das Problem, sondern die Sicherheitsbedingungen. Die Möglichkeiten des Engagements werden auf mehreren Ebenen derartig eingeschränkt, dass es der Zivilgesellschaft nicht möglich ist, ihre Rechte zu leben.

”

„Der Space shrinkt sehr unterschiedlich für sehr unterschiedliche Leute in unterschiedlichen Kontexten.“

Jan Pospisil

Außerdem wird zivilgesellschaftliches Engagement durch fehlende Internetzugänge stark eingeschränkt. Eine Beteiligung an internationalen Diskursen ist ohne wichtige Online-Kommunikationskanäle dadurch oft nicht möglich. Vor allem bei Studierenden stellt der Mangel an Zugängen zum World Wide Web ein bedeutendes Problem dar. Dies zeigt: „Der Space shrinkt sehr unterschiedlich für sehr unterschiedliche Leute in unterschiedlichen Kontexten.“

Um dem Shrinking Space in Form einer Abnahme liberaler Räume und internationaler Interventionen entgegen wirken zu können, bedarf es laut Pospisil professionellen Engagements. Oberlehrerhaftes Verhalten sei hier nicht angebracht, es liege in unserer Verantwortung, dem Land mit Professionalität zu begegnen.

Entgrenzte Sicherheit – begrenzter Raums

Mittwoch, 11. Juli

Umgang mit sicherheitspolitischen Themen

Saskia Stachowitsch, Österreichisches Institut für Internationale Politik

Sobald Freiheiten, liberale Werte und Demokratien eingeschränkt werden, steht Sicherheit in einem Spannungsverhältnis: einem Spannungsverhältnis zu zivilgesellschaftlichem Engagement. Darüber und über den Umgang mit sicherheitspolitischen Themen berichtet Saskia Stachowitsch in ihrem Vortrag. In Anbetracht dieses Problems sieht sie es als Aufgabe und Ziel der Politik, eine Balance zwischen den Spannungsverhältnissen der Sicherheit zu schaffen.

Doch was genau tut Sicherheit? Und wirkt sich diese auf zivilgesellschaftliches Engagement aus? Dazu stellt Stachowitsch drei Hypothesen auf:

Sicherheit „versicherheitlicht“: Der Ansatz der Securitisation untersucht, wie es dazu kommt, dass etwas als Sicherheitsproblem verstanden bzw. nicht verstanden wird. Oftmals wird, sobald dieser Ansatz angewandt wird, aus einem Sicherheitsproblem heraus eine existentielle Bedrohung konstruiert. Die geschaffene Bedrohung dient dann wiederum als Basis für Rechtfertigungen außerdemokratischer Maßnahmen. Anstatt einer Schaffung und Gewährung von Sicherheit, werden somit Transparenz reduziert und Kritik- und Mitsprachemöglichkeiten der Zivilgesellschaft eingeschränkt. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen und NGOs bedienen sich innerhalb des Sicherheitsdiskurses an „versicherheitlichten“ Themen, um ihre Chancen zu erhöhen, eigene Interessen durchsetzen zu können.

Sicherheit entpolitisiert: Anstatt durch Politisierung wird Sicherheitslogik, wie Stachowitsch beschreibt, durch einen leisen, technokratischen



Prozess in ein Feld getragen. Technologisierung ist hier ein großes Thema, da dadurch nicht nur neue Akteur/innen, sogenannte Security Professionals, ins Feld treten, sondern auch politische Verhältnisse verändert werden, indem vielen Bereichen der Sicherheit ein demokratischer Prozess entzogen wird.

Sicherheit verändert die Akteurskonstellation: Die Entpolitisierung der Sicherheit führt ebenso dazu, dass durch neu auftretende Akteur/innen eine Militarisierung stattfindet. Beim Auftreten eines Sicherheitsproblems werden beispielsweise militärische Abläufe und Technologien angewandt, die die neue Berufsgruppe der Security Professionals zu einer bedeutenden

Entgrenzte Sicherheit – begrenzter Raums

Mittwoch, 11. Juli

Akteurin machen. Oftmals ist dahinter ein kommerzielles Interesse erkennbar, das den Verkauf von Sicherheitsexpertise im Sinn hat.

”

Ist Sicherheit als Begriff rehabilitierbar?

Saskia Stachowitsch

Bei der Frage, ob Sicherheit als Begriff rehabilitierbar ist und was genau zu tun ist, um den Problemen und Tendenzen der Sicherheit entgegen zu wirken, reagiert Stachowitsch skeptisch. Es sei für die Zukunft wichtig, Sicherheit nicht mehr (nur) auf staatszentrierter, sondern auf lokaler, individueller Ebene zu sehen. Es muss immer hinterfragt werden, um wessen Sicherheit es geht, durch was oder wen die Sicherheit gefährdet ist und wer die Akteur/innen sind, die damit beauftragt werden, Sicherheit herzustellen.

Hybride Bedrohungen und Shrinking Space

Günther Barnet, Bundesministerium für Landesverteidigung

In seinem „bewusst kritisch-provokanten“ Vortrag spricht Günther Barnet über den Sicherheitsdiskurs aus staatlicher Sicht. Von Seiten eines Staates ist ein umfassender Sicherheitsbegriff nicht negativ besetzt. Hier sieht Barnet jedoch nicht eine Diskussion zwischen Regierung und Nicht-Regierung, sondern vielmehr einen Diskurs „Regierung versus Regierung“. Bei der Frage, wie der Staat mit anderen Staaten umgeht,



Entgrenzte Sicherheit – begrenzter Raums

Mittwoch, 11. Juli

äußert er Kritik am Einfluss von internationalen Finanzinstitutionen, die im Diskurs seiner Meinung nach derzeit kaum beachtet werden.

Innerhalb des Sicherheitsdiskurses stellt sich ihm die Frage, wie viel Freiheit für wie viel Sicherheit gegeben werden kann und sollte und zitiert dazu Aristoteles: „Wer Sicherheit der Freiheit vorzieht, ist zurecht ein Sklave“. Als Vertreter eines Staatsapparats nimmt Barnet die Sichtweise ein, bei der es immer um eine Balancefrage zwischen den beiden

”

Wie viel Freiheit für wie viel Sicherheit?

Günther Barnet

Auseinandersetzungen von Sicherheit und Freiheit geht.

Weiterhin werden zur Frage, wie Regierungen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen umgehen, Länderbeispiele angebracht und diskutiert. In Ungarn stellt sich oftmals die Frage der Legitimation für eine 4. Gewalt. Beispielsweise Journalist/innen oder NGOs maßen sich eine Kritik an Staaten an, die aus staatlicher Sicht unangebracht scheint.

Problematisch kann sich auch der Umgang mit Organisationen anderer politischer und weltlicher Ansichten gestalten. In Ägypten, wo die Frage der Finanzierung im Raum steht, ist zum Beispiel eine (Nicht-)Einordnung der Muslimbruderschaft als zivilgesellschaftliche Organisation zu hinterfragen.

Anhand des letzten Länderbeispiels Türkei wird aufgezeigt, wie sich Shrinking Space für Staaten bemerkbar machen kann. Dort wurden zum

Beispiel staatliche Akteur/innen durch Reiseeinschränkungen daran gehindert, Informationen zu erhalten und nach außen zu tragen. In seinem Vortrag verdeutlicht Barnet, dass neben der Zivilgesellschaft auch Staaten vom Shrinking Space betroffen sind.



Partnerschaft und Solidarität: Möglichkeiten und Grenzen konstruktiver Intervention

Donnerstag, 12. Juli

Handlungsmöglichkeiten von Zivilgesellschaft, Regierung und internationalen Organisationen werden auf verschiedenen Ebenen eingeschränkt: multilateral, bilateral und individuell. Alle drei Dimensionen sollten aber auch genutzt werden, um konstruktive Kooperationen zwischen den Akteur/innen wieder zu initiieren – wie diese drei Beiträge zeigen.

Die OSZE als multilateraler Partner

Kristin Höltge, Sekretariat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Was bedeuten Shrinking Spaces auf multilateraler Ebene und wie kann diesen Einschränkungen entgegengewirkt werden? Kristin Höltge meint, dass allein die Präsenz eines multilateralen Players zivilgesellschaftliches Engagement ebnet und neue Räume für Dialoge schaffen kann. Sie berichtet über die Möglichkeiten der OSZE, durch politische Statements und programmatische Arbeit ihren Teil gegen zunehmende Shrinking Spaces beizutragen.

Unabhängige Medien können bisweilen wegen Verleumdung angeklagt werden, manche NGOs befinden sich im bürokratischen Hürdenlauf und Oppositionelle teilweise auf der Flucht. Praktische Handlungsspielräume unterliegen daher Einschränkungen von außen, die durch das Schüren von Angst zu selbst auferlegten Kontrollen von innen führen können. Die



Partnerschaft und Solidarität: Möglichkeiten und Grenzen konstruktiver Intervention

Donnerstag, 12. Juli

Einschüchterung regierungskritischer Stimmen kann dabei so weit gehen, dass ehemalige Oppositionelle inklusive ihrer Familien und Anwält/innen unter einem ausgeweiteten Druck leiden. Auch hier sind die Grenzen zwischen der Vertreibung Oppositioneller von außen und der eigenen Entscheidung zur notgedrungenen Flucht fließend. Prekäre Situationen wie diese fordern ein neues Maß an Partnerschaft und Solidarität, weshalb auch Hóltge für eine engere Zusammenarbeit der OSZE mit der Zivilgesellschaft – aber auch für mehr Austausch zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft – plädiert.

Bilaterale Beziehungen im humanitären Raum

Christophe Ceska, Leiter des neuen China-Referats im BMEIA

Aus österreichischer Regierungsperspektive beobachtet Ceska das Phänomen des Shrinking Space auf bilateraler Ebene. Durch seine Erfahrungswelt rund um Fragen der europäischen Sicherheitspolitik und humanitären Hilfe hat auch er Aushandlungen um Handlungsspielräume für diplomatische Zwecke miterlebt. Daher sieht Ceska auch für bilaterale Beziehungen Handlungsbedarf: Es brauche seiner Meinung nach allgemein mehr „unabhängige Akteure“ im humanitären Raum, um zunächst über eine Erweiterung der Möglichkeiten sprechen zu können. Auch nach Erzählungen über seine diplomatische Arbeit in Malaysia schlussfolgert Ceska, dass der Schlüssel zur effizienten humanitären Hilfe in vielen Fällen Handlungsakteur/innen auf dieser neutralen und unparteiischen Ebene sind.

Den Schutz sowie die Förderung und Verwirklichung der Menschenrechte sieht Ceska auch im „menschenrechtsbasierten Ansatz“ des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik integriert. Da sich die humanitäre Hilfe mittlerweile aber nicht mehr lediglich auf „kurzfristige“



”

Zivilgesellschaftlicher Raum muss von uns Diplomaten in internationalen Organisationen – sei es bei der EU oder bei den Vereinten Nationen – verteidigt und erweitert werden.

Christophe Ceska

Projekte beschränke, verändere sich dadurch auch die Zusammenarbeit auf der Akteur/innen-Ebene, erklärt Ceska. Konflikte seien oftmals langfristiger als zunächst unter dem Begriff des Humanitären verortet und die zivilgesellschaftlichen Herausforderungen für Organisationen, insbesondere kleine NGOs, spitzen sich weiter zu, sagt Ceska. Zivilgesellschaftliche Shrinking Spaces machen sich demnach auch auf bilateraler Ebene bemerkbar, denn

Partnerschaft und Solidarität: Möglichkeiten und Grenzen konstruktiver Intervention

Donnerstag, 12. Juli

für Diplomat/innen bilden NGOs und die Zivilgesellschaft einen „interessanten Ansprechpartner vor Ort“. Aus Sicht Ceskas sei daher die Institutionalisierung humanitärer Fragen auf EU-Ebene ein Schritt in die richtige Richtung.

Das Subjekt im Shrinking Space

David Becker, Psychologe, Sigmund-Freud-Privatuniversität Berlin

Verschiedene Aussagen im Panel – wie die Ceskas, dass ihm Traumatisierungen von Helfer/innen im Ausland „nicht wirklich aufgefallen“ seien, unterstreichen die Dringlichkeit und Vernachlässigung der subjektiven Perspektive auf Shrinking Spaces. Da Traumata nicht unbedingt sichtbar seien, gilt es zunächst, das Individuum im eingeschränkten Handlungsspielraum innerhalb von Krisen- und Konfliktregionen mit genügend Wertschätzung zu verstehen, betont Becker.

Unter ständiger Aushandlung von Interessen entstehen und verschwinden Räume, in denen das Subjekt häufig aus dem Betrachtungswinkel verlorengelht. Die nach Beckers Geschmack zu nationalistisch und rassistisch aufgeladene Diskussion um Shrinking Spaces erstickt dabei in einer Pathologisierung normaler Gefühle. Furcht dürfe man als Entwicklungshelfer/in nicht nach außen tragen. Dabei handeln auch alle NGOs inmitten von Angst, da alle Mitarbeiter/innen von den gleichen Zerstörungsprozessen umgeben sind: „Bomben fallen auf alle. Traumatisiert sind alle“, betont Becker. Menschliche Reaktionen der Auslandsmitarbeiter/innen wie Angst, Trauer und Wut stehen im Spannungsverhältnis zu den unrealistischen Erwartungen an die starken, helfenden Krisenmitarbeiter/innen unter dem kategorischen Deckmantel des heldenhaften Wellbeings.



”

Es gibt die zweifelhafte Ehre der humanitären Arbeit, obwohl man eigentlich nur die eigene Ohnmacht gefüttert kriegt.“

David Becker

Den Leistungsdruck an die Mitarbeiter/innen allgemein zu reduzieren, indem realistische Ziele und Anerkennung mehr Raum gegeben wird, sieht Becker dabei als einen zentralen Schritt. Damit individuelle Handlungsspielräume von Mitarbeiter/innen in Einsatzgebieten nicht weiter in die Spirale der Ent-Persönlichung gezogen werden, veranschaulicht Becker die Notwendigkeit eines Umdenkens – weg von der Kultur der Resilienz, hin zur „Kultur der Verletzlichkeit“.

Optionen der Politik

Freitag, 13. Juli

„Man kann nie zu engagiert sein“, hält Gudrun Kramer, Direktorin des ASPR, am letzten Tag der 35. Sommerakademie fest. Vier Tage lang wurden Shrinking Space und dessen Auswirkungen auf zivilgesellschaftliches Engagement diskutiert. Am fünften Tag stand der Beitrag der Politik zur Debatte. Was kann diese tun, um kritisches Engagement in Zeiten von Shrinking Space zu stärken? Dazu diskutierten neben Kramer die Nationalratsabgeordnete Muna Duzdar (SPÖ), der Nationalratsabgeordnete Reinhold Lopatka (ÖVP) und Andreas Papp, Leiter des Nothilfeprogramms von SOS Kinderdorf International.

Einen wesentlichen Aspekt in der Diskussion nahmen die nationalistischen bis hin zu autoritären Entwicklungen in Europa ein. Duzdar sprach gar von einem „demokratiepolitischen Backlash in Europa“. Politikerinnen und Politiker würden kein Geheimnis aus diesen ihren Einstellungen machen. Als Beispiel führte sie den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán an, der vom Ende der liberalen Demokratie gesprochen hatte und spricht.

Lopatka gesteht zu, dass sich Europa derzeit auf einem „Scheideweg“ befindet. Dennoch sieht er das größte Problem noch nicht in Europa, sondern in den Ländern rundherum – wie die Türkei; aber auch die USA führte er ins Treffen. „Wir müssen Stärke und politischen Mut an den Tag legen“, sagte Duzdar in Bezug auf die Entwicklungen in Europa – und widerspricht Lopatka. Europäische Länder würden zwar andere Wege

nehmen als außereuropäische Länder, das Ergebnis sei letztlich allerdings dasselbe. In Ungarn werden bereits Namen von Menschen, die sich in Nichtregierungsorganisationen engagieren, auf Listen veröffentlicht, ergänzt Papp.

Der Leiter des Nothilfeprogramms von SOS Kinderdorf International wies darauf hin, dass Pauschalverurteilungen nicht helfen würden. Die Aussage von Sebastian Kurz, der „NGO-Wahnsinn“ müsse gestoppt werden, hat Engagierten sehr zu schaffen gemacht, teilweise wurden sie schief angesehen. Aber: „Wenn wir 2015 nicht zusammengeholfen hätten, dann hätte es viele traurige und schreckliche Bilder gegeben“, lobt Papp das zivilgesellschaftliche Engagement in der Flüchtlingshilfe.

Was es daher braucht, ist ein Dialog auf Augenhöhe. Papp forderte zudem, dass endlich ein gesamtstaatlicher Ansatz für eine bessere Zusammenarbeit zwischen NGOs und Politik erstellt werden soll. Bisher sei dieser vor allem an den jeweiligen Regierungen gescheitert. Kramer meint zudem, dass sich die europäische Zivilgesellschaft vernetzen muss. „Die Rechten sind nationalistisch, aber sie schaffen es, sich europaweit zu vernetzen. Die europäische Zivilgesellschaft schafft das nicht“, betont Kramer. Dies sei aber notwendig. Möglicherweise hätte so ein Rechtsruck verhindert werden können, meint sie.

Nachmittag

Open Space: „Expanding Space – Wie gewinnen wir den kollektiven Raum zurück?“ mit Matthias Csar und Astrid Reinprecht

An den Nachmittagen der Sommerakademie (Montag bis Donnerstag, 15 bis 18 Uhr) wollten wir uns der Vertiefung unserer Gespräche und der Umsetzung von Handlungsoptionen widmen. Das Diskussionsformat **Open Space** bot den perfekten Raum, um zivilgesellschaftliches Engagement kreativ mitzugestalten und zu erproben. Er wurde von den zwei erfahrenen Moderator/innen Matthias Csar und Astrid Reinprecht angeleitet und begleitet.

Der Open Space lebt von der aktiven Beteiligung der Teilnehmenden – gleich, ob Sie als **Host** ein eigenes Thema einbringen, oder als **Guest** eine bestehende Diskussionsrunde bereichern möchten. Fühlen Sie sich herzlich eingeladen, ein Angebot, eine Projektidee, ein Diskussionsthema, einen Beratungsfall, eine Utopie oder ähnliches zur Sommerakademie mitzubringen. Sie werden auf und um die Burg Schlaining interessierte Menschen und inspirierende Räume finden, die Sie bei Ihren Überlegungen und Umsetzungen unterstützen.

Dazu boten wir vier inhaltliche Schienen:

Track 1 – Gegenwart gestalten: für aktuelle Debatten, Feedback und Beratung

Track 2 – Zukunft schaffen: für Projektideen und neue Initiativen

Track 3 – Draußen aktiv sein: für Gespräche während Ausflügen zu Geschriebenstein oder Badeteich

Track 4 – Bonustrack: für alles, was Ihnen sonst so einfällt

Zusätzlich luden wir wieder zu einem Konversatorium und zwei Nachwuchs-Workshops.

Medienwerkstatt

mit Paula Kolb und Helena Schütte

Online-/Videojournalismus und Konferenzdokumentation für und durch Nachwuchsjournalist/innen.

Konversatorium

mit Jakob C. Fürst, Pascal Abb,
Birgitt Haller und Maximilian Lakitsch

Vertiefende und integrierende Diskussionen zu den Themen der Vormittage, nach Möglichkeit unter Beteiligung der Vortragenden.

Beyond Peacebuilding: wie sinnvoll in Transitionsprozesse intervenieren?

mit Jan Pospisil

Nachwuchswissenschaftler/innen erarbeiten strategische Handlungsempfehlungen.

Nachmittag



Medienwerkstatt



Open Space

Impressum

Das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ASPR) wurde 1982 von Dr. Gerald Mader und Gleichgesinnten gegründet und befindet sich auf Burg Schlaining im Südburgenland. Ein weiterer Standort besteht in der Bundeshauptstadt Wien. Für unsere Arbeit haben wir von den UN den Titel „Peace Messenger“ und von der UNESCO den „Preis für Friedenserziehung“ erhalten.

Unsere Vision ist eine Welt, in der Menschen aus unterschiedlichen Verhältnissen den Willen und die Voraussetzungen besitzen, Konflikte zu erkennen und gewaltfrei, konstruktiv und nachhaltig zu bearbeiten.

Text und Bilder

Handlungsräume verteidigen: Lessons learnt

Tania Napravnik.....S. 7

Shrinking Space und post-koloniale Souveränität

Reičela Baltiņa und Jakob C. Fürst..... S. 11

Entgrenzte Sicherheit – begrenzter Raum

Alina Weger S. 14

Partnerschaft und Solidarität:

Möglichkeiten und Grenzen konstruktiver Intervention

Jana Donat S. 18

Optionen der Politik

Nicole Frisch S. 21

Herausgeber

**Austrian Study Centre for
Peace and Conflict Resolution (ASPR)**

Rochusplatz 1, A-7461 Stadtschlaining
+43 (0)3355 2498

aspr@aspr.ac.at, www.aspr.ac.at

Workshopleitung

Paula Kolb, Helena Schütte

Endredaktion

Jakob C. Fürst

Layout

Wolfgang Niel

Mitveranstalter/innen:



Kooperationspartner/innen:

